

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 4

Artikel: Das Franco-Regime wackelt
Autor: Bardach, M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336987>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

des gewerkschaftlichen Kampfes um die reale Besserstellung des Arbeiters unterschätzt zu haben. Der Arbeiter wollte nicht in tieferes Elend absteigen. Der proletarische Klassenstolz und die Marxschen Zukunftsverheißungen boten ihm keinen genügenden Ausgleich für die Erduldung der täglichen Not und Unsicherheit. Er strebte vielmehr aufwärts, heraus aus dem Proletariertdasein. Zweifellos hat der moderne Industrialismus und Kapitalismus viele kleine selbständige Existenzen vernichtet und sie in die Arbeiterklasse herabgedrängt, aber es ist damit auch ein neues Element dem Proletariat angegliedert worden, und gleichzeitig entstand ein *neuer Mittelstand*, der zwar ebenfalls eigentumslos blieb, aber dennoch sich mit allen Kräften dagegen wehrte, als Proletariat deklassiert zu werden: die *Angestellten, Beamten* und die übriggebliebenen *Kleingewerbetreibenden* und *Kleinbauern*. Die soziologische Struktur der Gesellschaft und der soziologische Charakter der Arbeiterschaft haben sich seit Marxens Zeiten gänzlich verändert, und sie werden sich im Zeitalter der Atomenergie und der Automation noch weiter ändern, wo der Techniker und der Ingenieur eine immer überragendere Rolle spielen wird. Es ist tatsächlich seit Marx eine *andere Welt* geworden.

M. BARDACH

Das Franco-Regime wackelt

Während die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Ereignisse in Ungarn, im Mittleren Osten und in Nordafrika gerichtet sind, nehmen die inneren Kämpfe in Spanien ihren Fortgang; die verschiedenen Gruppierungen bereiten sich auf die Zeit nach Francos Verschwinden vor. Auch die spanische Kirche ist nicht nur ein passiver Beobachter, auch sie will nach Francos Verschwinden aktiv in die Entwicklung des Landes eingreifen.

Die schweigende Kirche

Das spanische Volk haßt die katholische Kirche, die im 16. Jahrhundert fast die Hälfte des Volksvermögens besaß, im Luxus erstickte und gegenüber dem Volke hartherzig war. Der katholische Amerikaner John Hughes schreibt in «Report from Spain», Neuyork 1947: «Die heutige Kirche zeigt für die herrschende Macht eine Hochachtung, die fast an Unterwürfigkeit grenzt.» In der katholischen Presse außerhalb Spaniens wird zugegeben, daß viele Kirchenfürsten im Dienst des Franco-Regimes stehen, in ihr wird auch dem

spanischen Klerus vorgeworfen, daß seine Annäherung an Franco gegen die Anschauungen der Katholiken aus persönlichen Motiven erfolgt. Die Folge davon ist der passive Widerstand des industriellen Proletariats gegen die Kirche, das auf diese Weise gegen deren enge Verbindung mit dem spanischen Regime demonstriert. Die spanische Kirche, die all die Jahre gegen den Terror des Regimes stumm blieb, wird von der Bevölkerung «*die schweigende Kirche*» genannt.

Selbst die in Zürich von den Jesuiten herausgegebene Zeitschrift «*Die Orientierung*» sieht sich veranlaßt, dem spanischen Klerus seine Sünden in Erinnerung zu bringen:

«Die führenden Geistlichen der spanischen Kirche blieben bis zur Gegenwart dem mittelalterlichen autokratischen Herrschaftssystem verbunden und haben die ganze durch die Industrialisierung bedingte Entwicklung nicht erfaßt und nicht mit vollzogen; es besteht kein Kontakt mit der veränderten sozialen Lage. Diese mangelnde Beziehung zum Volk führte vor dem Bürgerkriege zu den bekannten antiklerikalen Auswüchsen.» (Orientierung 1955/3.)

Der Kampf der Kirche gegen die Falange

Die auf Grund des Gesetzes vom 26. Februar 1940 von der Falange aufgebauten Gewerkschaften begegnen einer Feindschaft der Kirche, weil die katholischen Gewerkschaften in die falangistischen eingegliedert wurden. Das kann die Kirche nicht verschmerzen. Der Bischof Pildain warf dem Regime vor, daß diese Gewerkschaften mit den sozialen Lehren der Kirche in Widerspruch stehen. Die bereits obengenannte «Orientierung» charakterisiert die Falangengewerkschaften sehr treffend:

«Diese bürokratische Maschine ist nicht um die Arbeiterschaft besorgt, die den niedrigsten Lebensstandard in Europa hat, sie ist nur um ihre Existenz und ihr Wohllieben besorgt. Die sozialistischen Experimente der Falange sind zumeist auf Stärkung der Parteimaschine berechnet.»

Die «Opposition» der Kirche

Die Kirche, die dem Terror zusah, ohne die Schandtaten des Regimes gegenüber den Nichtkonformisten zu verurteilen, ließ ihre Zukunft in Spanien nie aus dem Auge. Sie hatte sich ihren Einfluß auf Erziehung und Religion gesichert und wandte sich auf sozialem Gebiet gegen die Behinderung ihrer Tätigkeit. Sie geißelte die Verelendung der Arbeiter und hielt sich auch nicht vor einer Verdammung der Gewinnsucht der Regimestützen zurück (Erzbischof Olaeschea in Valencia). Sie forderte ununterbrochen die Wiedererrichtung der christlichen Gewerkschaften und umging das Verbot, indem sie Arbeiterbrüderschaften und Arbeiterjugendgruppen gründete, die den Anstoß zu den Streikbewegungen gaben. Das Streben der Kirche nach

Unabhängigkeit nahm oft die Form einer verschleierte Opposition an. Seit 1951 wetterte sie gegen den Schwarzen Markt, auf dem sich die Schieber austobten.

Großen Einfluß auf die Kirchenpolitik übt der Bischof von Malaga, *Herrera*, aus, der noch vor dem Bürgerkrieg Ratgeber der Jesugesellschaft war, und das einflußreiche katholische Tagblatt «*El Debate*» leitete. Er war der Schöpfer der CEDA, die die konservativen und katholischen Kräfte zusammenschweißte und die Wahlen im Jahre 1933 gewonnen hatte, die den antirepublikanischen Kräften ermöglichten, die Kommandostellen in der Republik zu besetzen. In einer von Herrera gegründeten Schule werden junge Priester für das Apostolat in Arbeiterkreisen vorbereitet. Die reaktionären Prälaten, die dem «*Opus dei*» angehören, bekämpfen die soziale Tätigkeit dieses energischen und schlaun «christlichen Demokraten», der es versteht, seinen Einfluß Franco fühlen zu lassen, indem er die «liberalen» Studenten unterstützt oder die Verelendung der Arbeiter dazu ausnutzt, um von katholischen Gegenden aus mit Hilfe der Arbeiterbrüderschaften Streiks zu organisieren, obwohl Streiks in Spanien verboten sind. Diese Christdemokraten, die weit reaktionärer als ihre europäischen Gesinnungsfreunde sind, stützen sich auf die Katholische Aktion und die Jesuiten; sie beherrschen die spanischen Mittelschichten und die regionale Organisation des katholischen Bürgertums und der Industriellen in Katalonien. Sie sind bereit, einer parlamentarischen Monarchie zuzustimmen.

«*Opus dei*»

Aber die Christdemokraten haben im «*Opus dei*» einen mächtigen Konkurrenten. Diese weltliche, im Dienste der Kirche stehende Organisation, die in allen Ländern mit katholischer Bevölkerung verbreitet ist, vereinigt Kleriker und Laien, die die evangelischen Weisungen zur Errichtung der christlichen Vollkommenheit befolgen. Aber «*Opus dei*» verfolgt nicht nur religiöse Ziele. Nach dem «*Valor divino de lo hommano*» von Urteaga betrachten sich die Mitglieder des «*Opus dei*» als Elite, der in der Gesellschaft eine führende Rolle zukommt. Wie in der Republik kämpft auch heute das «*Opus dei*» in Spanien gegen die Verweltlichung der Kirche, obwohl es jetzt keine antichristlichen Gruppen in Spanien gibt. Die Mitglieder des «*Opus dei*» üben weiter ihren Beruf aus und behalten ihren Lebensstandard.

Der politische Einfluß des «*Opus dei*» wuchs seit der Errichtung der Franco-Diktatur. Die geistigen Grundlagen des «*Opus dei*» ähneln den ideologischen des Franco-Regimes, das sich von der entchristianisierten Welt abgrenzt. Mit Francos Unterstützung eroberte das «*Opus dei*» sehr schnell öffentliche und private Positionen, vor allem an den Universitäten. Auf sein

Betreiben wurden die meisten wissenschaftlichen Zeitschriften unterdrückt. An ihrer Stelle erscheint die von «Opus dei» herausgegebene «Punta Europa».

Wenn auch das «Opus» betont, daß es keine politischen Absichten hat, so muß es dem Lager der Rechtsmonarchisten zugezählt werden. In den von ihm herausgegebenen Schriften wird die Autorität der Hierarchie und der zur Führung der Massen bestimmte Elite verteidigt. Von christlichen Werten, wie Gerechtigkeit für alle, Brüderlichkeit usw., findet man dort nichts.

Als Theoretiker des «Opus dei» ist Prof. *Calvo Sever* anzusehen, der in seiner «Theorie der Restauration» für die Rechristianisierung des seit der Reformation entchristianisierten Europas, die mit einer Konterrevolution verbunden ist, eintritt. Nach Severs Ansicht ist das antikatholische Spanien im Kreuzzug von 1936 beseitigt worden. Sever rechtfertigt sogar die Verfolgungen der Gegner des Regimes, welches sie seine Macht spüren läßt. Severs Theorie untermauert die Aktivität der reaktionären Oligarchie, die sich auf den Klerus stützt. Das «Opus dei» fördert die Franco-Diktatur, nützt die wachsende Desorientierung im Lager der Falange aus und bereitet sich für die jetzt in die Nähe rückende Zeit nach Francos Verschwinden vor.

Die Mitglieder des «Opus dei» stehen im Gegensatz zu den der «Christlichen Demokratie» zuzuzählenden katholischen Gruppen. Die Christliche Demokratie stützt sich auf die Katholische Aktion und die Jesuiten. Zwischen den Jesuiten und dem «Opus dei» tobt der Kampf um den Einfluß auf die Jugendorganisationen.

Gegenüber den Kämpfen zwischen den katholischen Gruppierungen übt die Hierarchie große Vorsicht. Bischöfe und Prälaten, die früher das «Opus dei» unterstützten, verhalten sich jetzt reserviert.

Beide katholischen Richtungen erweisen sich als unfähig, die brennenden spanischen Probleme zu erkennen und zu lösen, beide denken nur an die Vergangenheit. Dagegen sucht ein großer Teil der katholischen Jugend nach einer Konzeption, die dem spanischen Problem gerecht würde. Dieser Teil der Jugend ist bemüht, die Gegensätze zu beseitigen, die zwischen der Religion und der notwendigen politischen und sozialen Umgestaltung bestehen.

Die Unruhe in der Falange

Durch die Studentenunruhen zu Beginn des Jahres 1956 erschreckt, weil sie den von der Falange gedrillten Nachwuchs erfaßten und aus Angst vor Unruhen, die in der Arbeiterschaft zu erwarten sind, weil die Teuerung ununterbrochen wächst, schlug die der Falange nahestehende Presse wieder einmal antikapitalistische Töne an. Der «Pueblo» beschuldigte das spanische Kapital, eine bewußte Inflationspolitik zu treiben. Das offizielle Gewerkschaftsorgan «Afan» ging in seiner Demagogie so weit, daß es die Arbeiter zu einem «geordneten und nützlichen Kampf für die Verwirklichung eines gesunden Sozialstaates» aufforderte. Die Angst, in der Monarchie, der Franco

zustrebt, ihre Privilegien zu verlieren, vermehrt die Unzufriedenheit in den Reihen der Falange. Gegen den monarchistischen Kurs opponieren vor allem die «revolutionären» Kreise der Falange. Franco bootete zwei Minister aus. Den Falangeminister Fernandez ersetzte er durch den «gemäßigteren» José Luis de Arrèse.

Francos Verfassungsreform

Ende April 1956 verkündete der Caudillo vor 25 000 Falangisten in Sevilla sein «volksmonarchistisches» Programm. Arrèse charakterisierte die Falange als eine breite Volksbewegung, in der Menschen verschiedener Gesinnungen Platz haben sollten. Am 1. Oktober 1956 wurden die Gesetzesentwürfe zur Verfassungsreform verkündet, gemäß welcher die Falange die Gesellschaft gegenüber dem Staat «repräsentieren» sollte. Die Parteifunktionäre und Gouverneure der fünfzig Provinzen sollen nicht mehr nur aus Falangisten bestehen und nicht ernannt, sondern gewählt werden. Die Ämter des Staats- und Regierungspräsidenten sollen voneinander getrennt werden. Dieser Gesetzesentwurf befriedigte weder die Monarchisten noch die Armee.

Die Armee gegen das Franco-Regime

Die Armee hat das Spiel Francos, sie gegen die Falange auszuspielen, satt. Bereits im Frühjahr 1956 hatten fünf der «Capitanes Generales» (Oberbefehlshaber der Militärdistrikte) von Franco in einer Petition die «Liberalisierung» des Regimes und die Zulassung einer zweiten unabhängigen Partei verlangt. Die außenpolitischen Mißerfolge, der Verlust Marokkos peitschten den Nationalismus der monarchistischen Offiziere auf. Franco goß noch Öl ins Feuer, als er am 18. Juli 1956, am zweiten Zehnjahrestag der «nationalen Erhebung» keine Konzessionen ankündete und die falangistischen Prinzipien verteidigte und am 1. Oktober, am Jahrestage seiner Ausrufung zum Staatschef, den alle enttäuschenden Gesetzesentwurf vortrug, der die Macht der «Nationalen Bewegung» erhöhte und die Kompetenzen der Cortes weiter herabsetzte. Der «Nationalen Bewegung» sollten die Mittel in die Hand gegeben werden, eine Regierung zu stürzen. Aber selbst diese Konzessionen sind problematisch, weil Franco sich die Ernennung eines vor der Bewegung verantwortlichen Regierungschefs vorbehielt und dazu noch sine die.

Darauf schlossen sich hohe Offiziere aus den Garnisonen Madrid, Sevilla, Valencia und Valladolid zu «Juntas de Acción Patriótica» zusammen und verfaßten ein Manifest, das sie ihren Vorgesetzten und auf dem Dienstwege Franco zukommen ließen. Die Herder-Korrespondenz in Freiburg brachte im Dezember 1956 Auszüge aus diesem Manifest:

«Die Auflösung unter den herrschenden Schichten der spanischen Gesellschaft ist eine sichtbare und wohlbekannte Erscheinung. Während die Intellektuellen auf der einen Seite und die Arbeiterschaft auf der anderen

mehr und mehr ein soziales Bewußtsein erlangen und sich in einem gewissen Grade spontaner Einheit über private Interessen hinweg zu gruppieren versuchen, haben die herrschenden Schichten nicht einmal die wirtschaftlichen Probleme gelöst, und sie fahren fort, das Netz ihres eigenen Gefängnisses zu weben... Jawohl, Spanien droht ins Chaos zu stürzen, weil es im Schlepptau der Blindheit eines Mannes liegt, der zwar zu gewissen Zeiten geschichtliche Wirksamkeit entfaltete und Ruhm erlangte, der aber heute in jeder Beziehung *dem Niedergang und dem ewigen Geschick aller Diktatoren geweiht ist*. Die Symptome sind alarmierend: Mangel an Autorität und Prestige der Regierung; absolute Unbrauchbarkeit der Institutionen, die als Instrumente des Staates geschaffen wurden; Armut und praktisch *Sklaverei der arbeitenden Schichten, die der elementarsten Freiheiten und Garantien des Christentums und des Naturrechtes beraubt sind*...; die latente Scheidung zwischen dem jüngeren Klerus, der sich mit dem Volk identifiziert und der Hierarchie; die Entstehung unlösbarer Probleme an den Universitäten; die Auslieferung Spaniens und seiner strategischen Gebiete an die Amerikaner im Austausch für ein biblisches Linsengericht...; der apokalyptische Ton in den Reden des Staatschefs, der nur das Schlingern des Staatsschiffes widerspiegelt; die *skandalöse Sittenlosigkeit gewisser Kabinettsmitglieder*, die unter einem verantwortlichen Regime als gewöhnliche Kriminelle behandelt würden; die Unglaubwürdigkeit der Presse, die unter einem Regime absoluter Willkür der verlängerte Arm der Regierung zu sein hat; ganz allgemein die Desintegration einer Diktatur, die nicht nur in ihren Einzelfaktoren, sondern in ihrem Wesen verfassungs- und naturwidrig ist...

Nachdem nun die ausländische Einkreisung überwunden ist (um derentwillen sich die Spanier mit ihrem Regime als dem geringeren Übel zufriedengaben), ist die Zeit gekommen, eine Bilanz des Regimes zu ziehen. Die Wahrheit ist, daß außer dem «orthopädischen Frieden», den es uns auferlegt hat, und den Halbwahrheiten, die zu widerlegen niemand sich die Mühe macht, das Regime keines seiner großen Ziele erreicht hat, obwohl es doch zwanzig Jahre lang die ganze Macht auf sich konzentrierte: die Befriedigung und Einigung der Spanier ist ihm nicht gelungen; es hat die Ideale der ‚Nationalen Bewegung‘ (Falange) verfälscht; es hat weder Liberalismus noch Totalitarismus überwunden, vielmehr beides in einem hybriden Gemisch zusammengewürfelt; es hat seine Gefolgschaft in der Jugend verloren und sich kurzweg als unfähig erwiesen, die Nationalidee, die soziale Gerechtigkeit, den Repräsentativstaat, die saubere Verwaltung und die gerechte Gesellschaft zu verwirklichen, die uns versprochen worden waren...

Nunmehr, nach zwanzig Jahren, vereinigt sich Spanien, seiner politischen Rechte bewußt, in mündiger Bürgerhaltung, erschöpft durch die Bevormundung, die es erleiden mußte, und forderte die friedliche Übergabe der Macht, die ihm gehört, um die zerbrochene Legalität wieder aufzurichten... Die Spanier wollen Frieden für sich und ihre Kinder. Sie wissen,

daß Gewalt nur in endloser Folge immer mehr Gewalt erzeugt... Die herrschenden Schichten müssen verhüten, daß das schreckliche Dilemma, *Spanien oder General Franco*, das sich am Horizont abzeichnet, zur Auswirkung kommt; sie müssen ihn zwingen, die Macht an ein Volk abzugeben, das mannhaft und zielbewußt seine Stimme erhebt. Spanier! Seid stark! Es lebe Spanien!»

Die Erbitterung der Armee gegenüber Franco, die Ungelegenheiten, die die Christdemokraten am Herrera und Gil Robles dem Caudillo bereiten, zeugen davon, daß es nun eine Rechtsopposition gegen den Diktator gibt, die nicht müßig ist. Diese sich immer mehr ausdehnende Opposition, die bereits die Armee erfaßte, die benutzte den Anlaß einer geringfügigen Erhöhung der Taxen für die Verkehrsmittel in Barcelona, um einen Boykott der Verkehrsmittel zu organisieren, der ausgezeichnet klappte. Eigentlich ging es hier um den Kampf gegen die Grundgesetze, die die Macht des «Nationalrates der Falange» erhöhten. Der monarchistische Kurs und die wachsende Teuerung, die den Wert der Peseta herabdrückte und die Lohn- und Gehaltserhöhungen entwertete, sowie die Korruption, verursachten die Explosion in Barcelona. Die spanische Bourgeoisie war durch die Lohnerhöhungen erbittert, Franco will sie durch den Entlassungsschutz besänftigen. Dadurch aber erhöhen sich wieder die Spannungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern.

Alle Bemühungen Francos, die inneren Gegensätze, die auch das Kabinett arbeitsunfähig machten, auszugleichen, nützten nichts; Anfang des Jahres platzte das Kabinett. Das neue Kabinett, in welchem acht Militärs und fünf Falangisten sitzen – unter ihnen der General Vega als Innenminister, der ausersehen ist, eventuelle Unruhen der Arbeiterschaft niederzuschlagen –, besteht aus unbekannten Personen, welche aber Franco ergeben sind. Sie sollen die verfahrenene Situation retten. Franco berief in sein Kabinett die besten spanischen Wirtschaftler, weil er weiß, daß sein Schicksal von der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage abhängt. Aber schon am 11. März 1957, also kurz nach der Kabinettsumbildung, erklärte der Minister Pedro Gual Villabi, der Präsident des nationalen Wirtschaftsrates in Barcelona, daß wahrscheinlich demnächst eine Abwertung der Peseta erfolgen wird. Damit hat er eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage angekündigt, die die Zukunft der spanischen Diktatur entscheiden könnte.

Die sozialistische Arbeiterschaft ist immer noch nicht aus ihrer Passivität herausgetreten, sie hat ihre Schlagkraft noch nicht wiedergewonnen. Aber der Madrider Korrespondent des nicht sozialistenfreundlichen «St.-Galler Tagblatts» stellt in seinem Bericht vom 5. März 1957 fest, «daß die sozialistisch geführte UGT eine immer spürbarere Tätigkeit entfaltet». Das berechtigt zur Hoffnung, daß die sozialistische Arbeiterschaft, die einzig wirklich demokratische Kraft in Spanien, im entscheidenden Augenblick dem Kampf gegen die Diktatur nicht untätig zusehen wird.